

Die jüngste Politische Rolle der WTG

Hinweis für Nutzer, die über eine Internet-Suchmaschine auf diese Seite gelangt sind. Es wird ausdrücklich darum gebeten, auch die Einleitung zu dieser Internet-Ausgabe zu beachten: [Uraniabuch](#)

Der Wiederaufbau des WTG-Informationsdienstes

Es wurde bereits dargelegt, wie sehr die Tätigkeit der Zeugen Jehovas unter Leitung der WTG von der Politik der USA abhängig ist. Den Kern der amerikanischen Kirchenpolitik stellte seit 1945 insbesondere die Warburg-Doktrin dar, in der festgelegt wurde, dass in die »Dammabstimmung gegen das sowjetische Sozialisierungsstreben« auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften einzubeziehen sind. Diese Bemühungen waren schon nach dem Ersten Weltkrieg sichtbar. Nach dem Zweiten Weltkrieg nun wurden sie verstärkt. Die Zeugen Jehovas sind das drastische Beispiel.

Konkrete Formen nahm diese Politik unter dem amerikanischen Präsidenten Truman an. Die 1947 von ihm verkündete Doktrin besagte, dass nach der zeitweiligen Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR während des Zweiten Weltkrieges nunmehr wieder "dem Kommunismus ideologisch und geographisch der Krieg zu erklären« sei. Es sei also erneut zum Kampf gegen die Sowjetunion und den Sozialismus überzugehen. Für Deutschland bedeutete das speziell, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und die Deutsche Demokratische Republik zu liquidieren. Den Kirchen und Religionsgemeinschaften wurden im Zusammenhang damit »dem Evangelium fremde ideologische Gesichtspunkte für Verkündigung und Dienst" aufgezwungen, wie auf der ständigen Allchristlichen Friedenskonferenz in Prag 1964 rückblickend konstatiert wurde. Die Konferenz lehnte diese Bindungen und diese Ideologie als politische Norm ihrer Verkündigung des Evangeliums ab. (Materialien der Prager Allchristlichen Friedenskonferenz 1964. Arbeitsgruppe Friede und Kalter Krieg)

Zu denen, die gegen einen solchen psychologischen Missbrauch der religiösen Tätigkeit Stellung nahmen, gehörten Vertreter fast aller großen christlichen Kirchen und Gemeinschaften bezeichnenderweise aber nicht die WTG oder Zeugen Jehovas. Sie wurden im Nachkriegsdeutschland mit Schwerpunkt in den Westzonen wieder straff und einheitlich unter die Regie von Brooklyn und Washington genommen, wie die vom USA State Department in Washington unterzeichnete Vollmacht für den WTG-Zweigdiener Erich Frost und die Verhandlungen und Abmachungen mit dem amerikanischen Militärnachrichtendienst nach 1945 beweisen. Wie bei kaum einer anderen Gemeinschaft lebte auf Grund dieser Bindungen in den Reden und Schriften der WTG die »dem Evangelium fremde Ideologie« des Antikommunismus gegen die sozialistische Entwicklung wieder auf. Sie wurde in politischer Hinsicht ganz auf die Pläne der Erhaltung bzw. Wiederherstellung der alten kapitalistischen Verhältnisse in Deutschland und anderswo ausgerichtet.

Neben dem organisatorischen Aufbau kam es der WTG-Führung in Brooklyn vor allem auch darauf an, ihr von der Gestapo zerschlagenes Informationsnetz in Deutschland wieder auf und auszubauen. Die Nachkriegsverhältnisse unter den Bedingungen der amerikanischen Besatzungsmacht, die ihre Spezialisten für religiöse Fragen mitgebracht hatte - für protestantische Fragen Dr. F. H. Littell als Hauptberater des USA-Hochkommissars für Deutschland -, bewirkten sogleich eine enge Zusammenarbeit mit den amerikanischen Militärdienststellen, in deren Interesse letztlich ebenfalls ein schnell funktionierendes WTG-Nachrichtennetz lag. Die Erörterung der Zusammenarbeit der WTG mit dem USA-State Department hat diese Interessenverflechtung und deren Hintergründe deutlich gemacht. Wie dargelegt wurde, hatte der WTG-Rechtsvertreter H. C. Covington diese Sache mit den zuständigen USA-Militärs 1947 in Westdeutschland geregelt.

Nun beauftragte der Präsident der WTG, N. H. Knorr, den inzwischen vom USA-State Department akzeptierten deutschen Zweigdiener Erich Frost, intern geeignete Mitarbeiter unter den deutschen WTG-Funktionären für die Informationstätigkeit auszusuchen und einzusetzen. Es wurden vor allem solche Personen ausgesucht, die sich durch ihre berufliche und gesellschaftliche Stellung gut über politische und staatliche Angelegenheiten informieren konnten. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zog Frost unter anderem den WTG-Funktionär Georg Bär aus Dresden heran, der von Beruf Techniker und Mitglied des Landesschiedsausschusses für Opfer des Faschismus war um an interessante Informationsquellen zu gelangen.

Aus den von Frost zu diesem Zweck versandten Schreiben geht hervor, dass es sich eindeutig um eine politische Nachrichtentätigkeit handelte, die wieder in Angriff genommen werden sollte. Man lese den Abdruck eines solchen Schreibens mit den wesentlichen Fakten und Aufgabenstellungen:

Zitat:

"WATCH TOWER

BIBLE AND TRACT SOCIETY

General Offices

117 Adams Street

Brooklyn New York

Deutsches Zweigbüro

M a g d e b u r g

Postscheck Magdeburg ...

WESTDEUTSCHES BÜRO

Postscheck Frankfurt 145761, Hannover 99280, Freiburg 2953

(16) Wiesbaden, 24. 12. 47

Wilhelminenstr. 42

Telefon 25203

Eingang, am 14. 1. 48

Erledigt am

BETRIFFT: Mitarbeit am "AWAKE!"

Lieber Bruder!

Bruder KNORR hat mich als Zweigdiener zum Korrespondenten für die Zeitschrift AWAKE! bestellt und erwartet regelmäßige Beiträge aus Deutschland, die für die Leser unserer Zeitschrift in aller Welt von Interesse und voll Spannung sind.

Es werden alljährlich zwei Haupt- und zwei Nebenartikel verlangt. Diese zu liefern, erfordert gute Beobachtungsgabe über die Geschehnisse unserer Tage und in unserem Lande. Da ich bei der überreichen Arbeitszuteilung nicht in der Lage sein werde, dieser Aufgabe immer gerecht zu werden, bitte ich Dich um Mitteilung, ob Du Freude daran hast und bereit bist, hierbei mitzuarbeiten. Es wird nur in seltenen Fällen geschehen, dass ein abgeschlossener Artikel oder Beitrag, wie Du ihn einsenden wirst, nach Brooklyn abgeht, da ich noch einige andere Brüder um ihre Mitwirkung bitten werde. Jedoch werde ich große Wertschätzung dafür haben, wenn mir Beiträge folgenden Charakters und Inhaltes zugehen werden, die ich dann, je nach Eignung, geschlossen oder mit anderen Beiträgen zusammengestellt, unter Umständen auch nach völliger Umarbeitung der Hauptredaktion in Brooklyn übersenden kann.

A. Die Themen oder Beiträge, wie sie von AWAKE! gewünscht werden, können Politik, Religion, Handel, Geographie oder andere Wissenschaften betreffen; in der Tat, alle Themen, die in Awake! erscheinen, sollen dem Leser eine gute Vorstellung geben, wie umfassend seine

Grundlage ist und was die Zeitschrift will! Es gibt immer etwas, was sich in unserem Lande ereignet, das von weltweiter Bedeutung ist.

B. Außerdem gilt es, plötzliche Vorkommnisse, wie politische Aufstände, Wahlen, religiöse Störungen oder Verwirrungen, Auseinandersetzungen, Revolutionen, Katastrophen, Flugzeuge und Fliegerei, Berge, Landschaften, Wunder des Landes, Tiere, Erdbeben, Verfolgungen, Opposition gegen die Wahrheit u. a. festzuhalten, kurz irgendetwas, von dem man glaubt, dass es für einen über die ganze Erde verbreiteten Leserkreis von Interesse ist. Es muss wichtig genug sein. Die Streitfragen "Freiheit der Predigt" und "Freiheit der Presse" z. B. sind wichtiger als es gerade Erfahrungen von JEHOVAS ZEUGEN sind.

Grundsätzlich muss alles, was an A W A K E ! eingesandt wird, Tatsache und Wahrheit sein. Das Material muss einwandfrei sein! Die unter A angeführten gewünschten Beiträge sind periodisch und sollten immer bis zum 15. Februar und 15. August im Büro der Gesellschaft eingehen. Lasse diese Beiträge jeweils etwa 3 Schreibmaschinenseiten lang (DIN A 4, mit doppeltem Zeilenabstand), jedoch nicht länger als 5 Seiten sein. Sende je ein Exemplar und das Bibelhaus WIESBADEN und MAGDEBURG mit dem Vermerk. FÜR AWAKE!

Die unter B angeführten Nachrichten können j e d e r z e i t in kürzester, jedoch genügend deutlichen Form auf gleichen Bogen und mit gleichem Zeilenabstand gesandt werden. Sie m ü s s e n NEU und AKTUELL sein.

A W A K E ! in Brooklyn hat großes Interesse an Vorgängen und Berichten aus Deutschland. Das ist begreiflich, weil die Augen aller Welt auf Deutschland gerichtet sind. Überlege, welchen großen Wert gute Berichte aus unserem Lande haben, wenn sie durch AWAKE! in vielen Ländern und Sprachen bekannt werden, da wir selbst in Deutschland aus Gründen der Papierknappheit noch keine eigene Ausgabe des AWAKE! herausgeben können.

Ich bitte Dich also, mir umgehend Deinen Bescheid betreffs Mitarbeit in diesem neuen Zweig der theokratischen Verkündigerorganisation zukommen zu lassen und sende Dir mit vielen guten Wünschen recht herzliche Grüße.

Dein Bruder und Mitdiener
Erich Frost"

Die Skala der Gebiete, in denen unter dem Motto »ständige Wachsamkeit über die Geschehnisse unserer Tage und in unserem Land« herumspioniert werden sollte, erfasste einfach alles, was zugleich der Verschleierung des politischen Hauptinteresses diene.

Wie bereits im Zusammenhang mit dem Beschluss Rutherfords im Zuchthaus Atlanta 1918/19 über den Aufbau eines WTG-Nachrichtendienstes dargelegt wurde, hatte die Beschaffung der Nachrichten »unzensuriert und an Ort und Stelle abgefasst«, also ohne jede Rücksicht auf Staatsgeheimnisse, auf Nachrichten strategischen Charakters oder auf Nachrichtenverbot bzw. Nachrichtensperre zu erfolgen. Wozu brauchte die WTG z. B. Berichte über die »Fliegerei«, über das Flugwesen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands? Es gab zu dieser Zeit dort kein anderes als das sowjetische Militärflugwesen! Allenfalls konnten die WTG-Weisungen noch auf eine vermutete geheime Neuentwicklung auf diesem Gebiet gerichtet sein. Was Frost von seinen Mitarbeitern hier verlangte, grenzte bereits an sehr gefährliche Handlungen und kam einer Militärsplionage gleich. Das musste Frost auf Grund seiner eigenen früheren Erfahrungen sehr wohl wissen. Dass man dabei auch Berichte über Naturwunder, Tiere und Landschaften haben wollte, änderte an dem politischen Charakter dieser Tätigkeit nichts, sondern diente höchstens der Verschleierung.

Die Sache schließlich als »neuen Zweig der theokratischen Verkündiger-Organisation« hinzustellen ist offensichtlich religiöse Bemäntelung und Anwendung von Gewissenszwang. Denn wer von den gutgläubigen Anhängern würde sich »theokratischen« Weisungen widersetzen? Als »theokratisch« wurde bisher alles deklariert, was die WTG unternommen hatte, von der ersten Bibelauslegung bis zum Betrug der WTG-Neugründung 1945/46 in Magdeburg, und das geht weiter so.

Wichtig ist indessen zu erkennen, dass das, was die WTG an Berichten und Nachrichten fordert, auch für politische Kreise von großer Bedeutung ist und dass die speziellen politischen Bindungen und Beziehungen der WTG eine entsprechende Auswertung aller Informationen gewährleisten.

Ein besonderer »Kirchlicher Nachrichtendienst«

Der in Verbindung mit der Zeitschrift »Ewacht« (»Das Goldene Zeitalter« bzw. »Trost«) in Deutschland nach 1945 wiedererrichtete WTG-Nachrichtendienst, der ähnlich in allen Ländern organisiert wurde, in denen die WTG tätig ist, war jedoch nur *ein* Mittel zur Informationsbeschaffung.

Unter der irreführenden Bezeichnung »Kirchlicher Nachrichtendienst« (KND) - die WTG betrachtet sich in Wirklichkeit nicht als Kirche im bekannten Sinne - wurde im Frühjahr 1948 vom Zweigbüro in Magdeburg ein weiteres Nachrichtennetz errichtet, das speziell in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wirken sollte. Zugleich wurden durch dieses Nachrichtennetz alle Informationen geschleust, die für die WTG-Organisation in der »Ostzone« bestimmt waren und deren Kenntnisnahme durch staatliche Stellen gefürchtet wurde. Jeden Postweg meidend, funktionierte dieser Nachrichtendienst nur über ausgewählte und sogar vor der Masse der Anhängerschaft geheimgehaltene Kuriere. Eingeweiht wurde grundsätzlich nur der jeweils örtliche Vertreter der Organisation oder »Gruppendiener« (GD). Nicht einmal das mitverantwortliche »Drei-Brüder-Komitee« wurde hierüber vollständig informiert. Die WTG bestimmte zudem genau, welche Informationen der Ortsversammlung bekanntgegeben werden durften, welche das Komitee zu erfahren hatte und welche nur der GD zu kennen brauchte. Auf diese Weise hatten die einfachen Anhänger nicht den geringsten Einblick in die Tätigkeit ihrer Führung und deren Absichten.

Organisiert wurde der KND im Mai 1948, als es sich herausgestellt hatte, dass die inzwischen angelaufene Infiltration antikommunistischen politischen Gedankengutes in die religiöse WTG-Verkündigung der Nachkriegszeit behördlicherseits nicht unbeachtet und ohne Folgen blieb. Ein erster Höhepunkt dieser Infiltration war Frosts »Erwacht«-Bericht vom Dezember 1947 »Deutschland unter russischer Herrschaft« gewesen. Das war der Anlass für die damaligen Behörden, die von ihnen zugelassene Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas, die sich doch selbst als politisch völlig neutral ausgegeben hatte, näher zu beachten. Man sah sich veranlasst, den Charakter dieser Gemeinschaft zu ergründen und sich vom Wesen der WTG ein klares Bild zu verschaffen. Um dem so weit wie möglich zu entgehen und jede behördliche Einsichtnahme in das interne WTG-Getriebe auszuschalten, baute man dann jenen KND auf, der unter Missbrauch religiöser Bindungen und Gefühle vor allem die örtlichen »Gruppendiener« dazu anhielt, jede Weisung der WTG in diesem Zusammenhang bedingungslos auszuführen und die Behörden zu missachten und zu ignorieren.

Zur Charakterisierung des KND folgen einige Auszüge aus der ersten, im gewöhnlichen Abzugsverfahren vervielfältigten Ausgabe vom 15. Mai 1948:

WATCH TOWER

BIBLE AND TRACT SOCIETY

Deutsches Zweigbüro

(1 9 b) Magdeburg, den 15. Mai 19
Wachturmstr. 17/19
Fernruf: 31871, 31841
Streng vertraulich 1
»Kirchlicher Nachrichtendienst« für die GD

(K. N. D.)

Lieber Bruder!

In dem uns aufgezwungenen Kampf um die Freiheit des Gottesdienstes macht es sich notwendig, Dir infolge Deiner Verantwortung als GD ab und zu verschiedene Mitteilungen zu machen oder Ratschläge zu geben, die nicht zur Bekanntmachung in der Dienstversammlung bestimmt sind. Du willst dieses Schreiben vertraulich behandeln und die einzelnen Punkte, soweit dies notwendig ist, allein im Drei-Brüder-Ausschuß erörtern. Im übrigen mögest Du besorgt sein, die gegebenen Anweisungen gewissenhaft und entschieden zur Durchführung zu bringen. ... Es wurden Polizeibeamte beauftragt, zu kontrollieren, ob auch nur dies und nichts anderes zur Betrachtung käme ... man darf es den Widersachern der Wahrheit nicht bereitwillig gestatten, die freie Anbetung Jehovas in Geist und Wahrheit irgendwie zu beeinträchtigen ... Zur Begründung behauptet man, dass wir 'politisch' redeten ...

Es darf kein Zurück geben, sondern es sollte stets versucht werden, im Falle eines Angriffs der Feinde der Wahrheit das zu tun, was Euch möglich ist, um das Werk nun erst recht voranzutreiben ...

Gruppenakten: Sämtliche Gruppenakten sollten grundsätzlich nicht beim Gruppendiener aufbewahrt werden, sondern beim HGD (Hilfsgruppendiener, d. V.) oder einem anderen zuverlässigen Verkündiger, in dessen Haushalt sich keine wahrheitsfremden Personen befinden. Nehmt auch keine Akten, besonders die Informationen der Gesellschaft (WTG, d. V.) und dgl. mit zu den Behörden, sondern höchstens solche Schriftstücke, die Ihr dort unbedingt vorlegen müsst. Wenn Ihr aus einer Information der Gesellschaft etwas für die Verhandlung benötigt, schreibt Euch dies auf, wenn Ihr es Euch nicht merken könnt! ..."

Besonders bemerkenswert ist der befehlshaberische Ton am Schluss dieser Anweisungen. Man beachte auch die Überheblichkeit, die darin liegt, jeden Andersdenkenden als »wahrheitsfremd« und die Behörden grundsätzlich als »Feinde der Wahrheit« zu bezeichnen. Diese Überheblichkeit kommt den WTG-Anhängern schon gar nicht mehr zum Bewusstsein.

Die Weisungen, ihre Organisation sorgfältig vor den Behörden abzuschirmen, mussten die Zeugen Jehovas nur noch verdächtiger machen. Und es gab tatsächlich »kein Zurück« - die örtlichen Gruppen der Zeugen Jehovas wurden immer weiter auf dem politischen Wege der WTG vorangetrieben.

Um das Bild abzurunden, sei auch eine der letzten derartigen Weisungen der WTG zitiert, bevor der »Kirchliche Nachrichtendienst« 1950 eingestellt werden musste. Im KND vom 12. Juli 1950 verlangte das Magdeburger Zweigbüro von hierfür beauftragten WTG-Anhängern politische Berichte über innerbetriebliche Schulungen in volkseigenen Betrieben und Behörden der DDR. Diese Weisungen wurden im Auftrage der WTG von Willy Heinicke verfasst, einem Mitarbeiter des Leiters der juristischen Abteilung des Magdeburger Zweigbüros Ernst Wauer. Man lese den folgenden Auszug aus dem genannten KND vom 12. Juli 1950:

Zitat:

"WATCH TOWER
BIBLE AND TRACT SOCIETY

Deutsches Zweigbüro
(19b) Magdeburg, den 12. Juli 1950
Fernruf: 31817, 31841
ab 14. 7. 50: 8724 und 8728
Kirchlicher Nachrichtendienst für die GD (KND)

Liebe Brüder!

Betrifft: Innerbetriebliche Schulungen. Was innerbetriebliche Schulungen betrifft, welche insbesondere während der Arbeitszeit stattfinden, möchten die Geschwister, die hierfür in Betracht kommen, über den Verlauf solcher Schulungen kurze Informationen durch den GD an uns einsenden. Diese schließen die Mitteilung ein, ob bei den regelmäßigen Schulungen für jeden Teilnehmer im Rahmen einer Diskussion hinreichend Gelegenheit gegeben wird, seine Stellungnahme vorzutragen, und inwieweit die betreffenden Geschwister vom christlichen Standpunkt aus zum vermehrten Zeugnis für die Wahrheit davon Gebrauch machen.

Betrifft: Bezirksversammlung. Hierzu wird vertraulich mitgeteilt, dass diese vom 28. September bis 1. Oktober d. Js. geplant ist.

Es soll dies aber nirgends publiziert werden. Auch ist es möglich, dass die Verhältnisse eine Änderung des Programms notwendig machen. Doch sollten die Geschwister über das Datum privat informiert werden um zeitlich disponieren zu können.

Indem wir mit allen Treuen im Lande vereint "Gott das zahlen, was Gott gebührt", verbleiben wir mit herzlichen Grüßen

Eure Brüder

WATCH TOWER BIBLE AND TRACT SOCIETY

Der Abschnitt: Innerbetriebliche Schulungen wurde von mir verfasst.
Willi Heinicke."

Dieses Verlangen einer angeblich rein religiösen Gemeinschaft ist doch mehr als sonderbar. Innerbetriebliche Schulungen, wie sie in Betrieben der sozialistischen Länder durchgeführt werden, haben betriebliche und politische Fragen zum Inhalt. Das ist allgemein bekannt. Was will die WTG also damit? Wenn sie nach dem Verlauf solcher Schulungen fragt will sie demnach wissen, wie es in den Betrieben aussieht und wie sich die Menschen politisch verhalten. Man erinnere sich, mit welchen Kräften die WTG auf oberer Ebene in Verbindung steht und was für eine Rolle Kirchen und Religionsgemeinschaften in deren Plänen gegen die »Sozialisierung« spielen sollen!

Schließlich versuchte die WTG auch, über den KND eine Erfassung von verantwortlichen Personen in Polizei, Justiz und sonstigen Behörden einschließlich sowjetischer Militär- und Sicherheitsorgane zu erreichen, die unter der Bezeichnung »Adressensammelaktion« lief. Als Grund wurde den Zeugen Jehovas angegeben, WT-Schriften »zum Zeugnis« versenden zu wollen. Natürlich tat man das auch. Es war eine geschickte Methode, in den Besitz staatspolitisch bedeutsamer Personalkarteien zu gelangen, die in der damaligen Situation des psychologischen Krieges gegen die sozialistische Entwicklung unter Einbeziehung von Religionsgemeinschaften nicht ohne Interesse waren.

Mit dem Wiederaufbau des WTG-Nachrichtennetzes und dem KND für die »Ostzone« glaubte die WTG-Führung offensichtlich, nun auch in Deutschland wieder voll einsatzfähig zu sein, war doch damit das Nervensystem für ihre psychologische Funktion im Rahmen der amerikanischen Kirchenpolitik in Richtung Osten wieder geschaffen. Die Zentrale dafür war zunächst das Zweigbüro in Magdeburg, das vom WTG-Hauptbüro in Brooklyn über den zwischengeschalteten amerikanischen Militarnachrichtendienst und das Zweigbüro in Wiesbaden angeleitet wurde, wo

der Vertrauensmann des USA-State Departments, Erich Frost, seinen Hauptsitz hatte.

Erneut psychologisch in die Offensive

Nachdem 1947 die Verhandlungen zwischen der amerikanischen WTG-Führung (Knorr, Covington, Henschel) mit dem Militärnachrichtendienst der USA abgeschlossen waren und Zweigdiener Erich Frost daraufhin vom WTG-Präsidenten Knorr »zum Korrespondenten für die Zeitschrift AWAKE! bestellt« worden war, wie es in dem schon erörterten Schreiben Frosts vom 24. Dezember 1947 heißt (mit dem er Mitarbeiter für den WTG-Informationsdienst warb und in dem er durchblicken ließ, dass er der deutsche Chef dieses Nachrichtendienstes ist), ging man in die Offensive. Es begann wieder eine systematische Infiltration von antisowjetischer und antikommunistischer Politik in die WTG-Verkündigung, die sich bis in lautstarke öffentliche Kundgebungen voll Hass und Fanatismus steigerte.

Bereits in seinem ersten politischen Propagandabericht, der vom 22. Dezember 1947 stammt, ließ Frost erkennen, dass er seinen Auftrag richtig verstanden hatte und gewillt war, seinen Auftraggebern mit »deutscher Gründlichkeit« zu dienen. Dieser Bericht ist in politischer Hinsicht völlig im Stil der nun auflebenden psychologischen Kriegführung der USA, des »ideologischen Krieges gegen den Kommunismus« geschrieben. Der nachstehende Auszug zeigt das (»Erwachtet«, 22. Dezember 1947).

Zitat:

"ERWACHET!

"Die Stunde ist nun da, ... zu erwachen" - Römer 13:11 - Perk

Bern, 22. Dezember 1947

Deutschland unter russischer Herrschaft

Seither hat sich für das deutsche Volk in politischer Hinsicht nicht viel gebessert, und die wirtschaftliche Lage hat sich sehr verschlechtert. Zwar ist der Schrecken der Luftangriffe verblasst, dafür sind Hunger und Seuchen da. Zwar existieren die Konzentrationslager der Gestapo nicht mehr, doch fühlt sich die breite Volksmasse hier in der östlichen Zone im allgemeinen nicht viel freier als zur Nazi-Zeit. Eine weitgehende Kontrolle wird auf allen Gebieten ausgeübt, und die angewandten Methoden ähneln oft den nazistischen.

Die Meinung ist vorherrschend, dass die Russen unbedingt verschwinden müssen, weil es solange keine wirklich freiheitliche Entwicklung gibt.

Immer wieder werden verzweifelte Versuche, die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, durch die kurzsichtige Haltung der Militärverwaltung vereitelt. Viele meinen, die Weltlage treibe einer neuen, noch größeren Katastrophe entgegen.

Von unserem "Erwachtet!"-Korrespondenten in Deutschland."

Kurz zuvor hatte Frost in seinem ersten Jahresbericht (1946) noch gesagt, man könne »in keiner Weise Klage führen über die russischen Militärbehörden«. Jetzt aber behauptete er verleumderisch, die sowjetischen Behörden glichen den Nazis und der Gestapo, die Propaganda aufgreifend, »dass die Russen unbedingt verschwinden müssen«. Diese Verleumdungen wurden in allen Sprachen, in denen die WTG-Zeitschrift »Erwachtet« erscheint, abgedruckt.

Von diesem Zeitpunkt an trat auch der deutsche WTG-Zweig wieder als »Bollwerk gegen den Kommunismus« in Aktion. Immer schärfer, provokatorischer und aggressiver wurde die politische Ausrichtung der WTG-Tätigkeit, bis man 1950, als mit dem Koreakrieg ein dritter Weltkrieg vor der Tür stand, den Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus zum »theokratischen« Glaubensdogma erhob und ihn damit zur grundsätzlichen politischen Hauptaufgabe in der religiösen Verkündigung machte. Fortan gilt es als eine religiöse

Gewissenspflicht für die Zeugen Jehovas, die antikommunistische Hetze mitzubetreiben. Im folgenden sollen nun die wesentlichsten politischen Aktionen der WTG in dieser Hinsicht bis 1950 dargestellt werden, Tatsachen, die die WTG bewusst entstellt oder verschweigt um die Behauptung aufrechterhalten zu können, das Verbot der WTG in den sozialistischen Ländern sei Christenverfolgung.

Die nächste größere politische WTG-Aktion seit dem Auftakt 1947 war eine im August 1948 gestartete internationale Verleumdungskampagne unter der verlogenen Schlagzeile »Die Sowjetunion, eine sachliche Betrachtung von Land und Leuten«. Man überzeuge sich von der in Wirklichkeit gehässigen antisowjetischen Tendenz dieser Betrachtung an Hand eines Auszuges aus »Erwachtet« vom 22. August 1948, Schweizer Ausgabe.

Zitat:

"Bern, 22. August 1948

Die Sowjetunion

Eine sachliche Betrachtung von Land und Leuten

Was den Sowjetkoloß für seine Gegner so furchterregend macht, ist das Ansteigen des Kommunismus in Europa und anderen Erdteilen. Mindestens elf Millionen organisierte Kommunisten in Frankreich und Italien! Machtübernahme durch die Kommunisten in Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei! Kommunistische Regierungen auch in Polen, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien! Werden diese für den Bestand der anderen lebensgefährlichen Manöver nicht alle von der Moskauer Sowjetzentrale aus gelenkt? Welche Mittel können die anderen gefräßigen Reiche dieser Welt anwenden, um dem knurrenden russischen Bären kräftig auf die ausgestreckten Tatzen zu klopfen?"

Kaum waren die Hetztiraden verklungen, ging schon die nächste Kampagne dieser Art über die Bühne, diesmal ganz im Stil eines Joseph Goebbels gehalten. Man lese aus »Erwachtet« vom 8. Dezember 1948:

Zitat:

"Die Menschheit am Scheidewege

Bern, 8. Dezember 1948 - Vol. XXVI

"Awake!" - German Edition - Halbmonatlich

Die Bedrängnis der Nationen

In der einen Hälfte des europäischen Kontinents sitzen die politischen, militärischen und revolutionären Kräfte des kommunistischen Russlands im Sattel. So leben nicht nur 192 000 000 Russen im unheilkundenden Schatten des Kremls, sondern auch die osteuropäischen Völker bis zum Eisernen Vorhang. Anderswo, wie in Frankreich, Italien und Griechenland, macht sich der Einfluss der Bolschewisten immer hartnäckiger bemerkbar, und sie warten nur auf einen günstigen Moment um sich mit vernichtender Gewalt zu Herren ganz Europas aufzuschwingen." Auf Grund der immer stärker anschwellenden politischen Hetze der WTG kam es zu ersten einschränkenden Maßnahmen der Behörden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. An etlichen Orten wurden öffentliche WTG-Vorträge verboten. Schriften mit derart aufhetzendem Inhalt wurden beschlagnahmt und auch einzelne Verhaftungen vorgenommen. Trotzdem konnte die WTG insgesamt noch weiterarbeiten.

Die WTG dachte jedoch in keiner Weise daran, ihre Politik zu ändern. Im Gegenteil, sie verstärkte sie noch mehr, besonders nachdem die Watch Tower in den USA im Juni 1949 fälschlicherweise auf die Liste der Organisationen geraten war, die der »Verbindung mit dem Kommunismus« angeklagt wurden. (Das Marinekorps der USA hatte in einem Memorandum vom 6. 6. 1949 die WTG zu den Organisationen gezählt, die als kommunistisch verbunden zu bekämpfen seien. Mit Schreiben vom 15. 12. 1949 an die WTG hat das Marinekorps diese

Feststellung widerrufen, nachdem die WTG überall antikommunistisch mobil gemacht hatte. - Der Wachturm, 1. November 1949, S. 329 ff (deutsch))

Offenbar handelte es sich hier jedoch um eine politische Provokation, um die WTG zum Äußersten in ihrer antikommunistischen Tätigkeit zu veranlassen, was in der Folge dann auch prompt in internationalem Maßstab eintrat. Um jene fälschlichen Anklagen zu widerlegen, machte die WTG nämlich ihre Anhängerschaft einheitlich in allen Ländern antikommunistisch mobil.

In Deutschland wurde speziell für die WTG-Anhänger in der sowjetischen Besatzungszone vom 29. bis 31. Juli 1949 in der Westberliner Waldbühne ein Kongress veranstaltet. Die einschränkenden Maßnahmen der deutschen und sowjetischen Behörden gegen die zunehmende politische Hetze und Verleumdung durch die Zeugen Jehovas wurden - ausgerechnet von dem Gestapokollaborateur Frost in seiner Eigenart als deutscher WTG-Zweigdiener - zum Anlass genommen, um unter den Zeugen Jehovas nicht nur in beiden Teilen Deutschlands, sondern international eine Welle des Hasses gegen die sowjetischen und ostdeutschen Behörden auszulösen. Mit demagogischen Mitteln und prahlerischen Phrasen versuchte er die leichtgläubige Menge zu einem fanatischen Antikommunismus aufzupeitschen und sie in eine Hysterie zu treiben, die alles von der WTG bisher Getriebene in den Schatten stellte. Frosts Hetztiraden wurden im »Wachturm« vom 1. April 1950 (deutsch) abgedruckt. Man lese die folgenden hauptsächlich Passagen, dabei im Sinn behaltend, dass die WTG politisch völlig unparteiisch und neutral sein will und nur ein Bestreben habe, nämlich Jehova zu dienen:

Zitat:

"Der WACHTTURM

1. April 1950

Deutsche Bezirksversammlungen 1949

Im britischen Sektor Berlins liegt die schöne "Waldbühne", und dort sollte die Bezirksversammlung stattfinden. Die Umstände in der russischen Zone gestatteten es nicht, eine größere Versammlung dort abzuhalten, und so war es nötig, alle Vorbereitungen so still und geräuschlos wie möglich zu treffen. Hatten nicht boshafte Handlungen, verursacht von der SED (Sozialistische Einheitspartei von Deutschland), zu einer Einmischung in die freie Gottesanbetung in gewissen Gegenden in der Ostzone geführt?

Ist der Bolschewismus schöner als andere Systeme? Glauben die Kommunisten, dass das, was Hitler begonnen hat, von ihnen vollendet werden müsse? Wir fürchten die Kommunisten genau sowenig, wie wir die Nazi gefürchtet haben!" Mit diesen packenden Worten begegnete der Wortführer der in Berlin versammelten Zeugen Jehovas der Herausforderung gewisser roter Extremisten der Ostzone. Diese wenigen Worte sprechen Bände.

... Welch jämmerlichen Misserfolg hat doch Hitler, der katholische Diktator, gehabt! Und jetzt suchen rote Totalitäre das zu vollenden, was die Braunhemden nicht tun konnten? Wenn ja, so ist ihnen unverblümt gesagt worden, dass die mutigen Zeugen Jehovas in Deutschland sich vor ihnen genau sowenig fürchten wie vor den Nazi."

Diesen hasserfüllten und schmutzigen Anwürfen und politischen Prahlerien muss man die »Entschließung« zur Seite stellen, die auf dem Waldbühnen-Kongress angenommen wurde. Allein friedliebende Menschen hätten sich da versammelt, unschuldig bedrängt, die nicht das geringste mit dem »Weltstreit zwischen dem Osten und dem Westen« zu tun hätten. Nachstehend der Hauptinhalt der »Entschließung« gemäß »Wachturm« vom 1. April 1950 (deutsch).

Zitat:

"Der WACHTTURM

Am Samstagabend las der Zweigdiener der Wachturm-Gesellschaft in Deutschland, Erich Frost, den versammelten Tausenden folgende Resolution vor:

ENTSCHLIESSUNG

Achtzehntausend Zeugen Jehovas aus allen Gebieten der östlichen Besatzungszone Deutschlands sind in der Waldbühne Berlin zusammengekommen, um den Namen Jehovas, ihres Gottes, zu erheben und ihn zu preisen. Sie erheben ihre Stimme wie ein Mann, um die gottgewollte und durch die unveräußerlichen Rechte freien Menschentums verbürgte, in allen freiheitlichen Verfassungen demokratischer Staatswesen fest verankerte Freiheit der Anbetung Gottes und der freien Religionsausübung zu fordern und zu verteidigen.

Sie erheben Protest gegen die undemokratischen und verfassungswidrigen Verbote und Einschränkungen ihrer Gottesdienste in Sachsen und die Beschlagnahme der hierfür benutzten Räume;

Sie protestieren gegen die brutale, gewaltsame Sprengung ihrer gottesdienstlichen Zusammenkünfte durch ungesetzliche Polizeiaktionen, wie sie im Kreise Bautzen vorkommen;

Sie protestieren gegen die von intoleranten fanatisierten Gegnern entfachte politische und religiöse Hetze, die sich nicht scheut, den Spuren einer vergangenen Schmutzpresse nach Art eines "Stürmers" und eines "Schwarzen Korps" (frühere fanatische Naziblätter) zu folgen, und eine christliche Gemeinschaft aufrichtig gläubiger Männer und Frauen als eine "Mord-Organisation" zu bezeichnen und für vogelfrei zu erklären.

Sie protestieren in aller Entschiedenheit dagegen, in bewusst verleumderischer Weise als Kriegshetzer und Feinde des Friedens bezeichnet zu werden, und weisen darauf hin, dass sie die einzige Organisation friedliebender Menschen sind, deren Angehörige nahezu hundertprozentig den Kriegsdienst in jeder Form verweigert haben.

Sie protestieren in aller Entschiedenheit gegen die unbegründeten freiheitsfeindlichen Willkürmaßnahmen der Eisenbahn-Direktion der Ostzone unter ihrem Generaldirektor Kreikemeyer, durch welche seit langem fest zugesagte und bereits voll bezahlte Sonderzüge für Jehovas Zeugen vor der Abfahrt abgesagt wurden; Tausenden ist die Teilnahme an der Berliner Bezirksversammlung durch die kontraktbrüchige Haltung der Eisenbahnverwaltung unmöglich gemacht worden.

Jehovas Zeugen setzen ihr Leben für den Frieden ein und verharren in der durch Gottes Gesetz festgelegten Neutralität allen politischen und weltanschaulichen Streitigkeiten dieser Welt gegenüber, von der Gottes Reich nach den Worten Jesu nicht ist. Jehovas Zeugen geben in jedem Lande, in welchem sie Bürgerrecht haben, willig dem Staate, was des Staates ist, aber sie weigern sich ganz entschieden, dem Staate auch das zu geben, was Gott gebührt. Unter keinen Umständen, selbst nicht unter dem Druck diktatorischer Maßnahmen, werden sich Jehovas Zeugen in den Wettstreit zwischen dem Osten und dem Westen einmischen. Jehovas Zeugen leben sowohl im Osten als auch im Westen. Wir nehmen nicht für einen Weltblock gegen den anderen Partei, weil wir dadurch Gottes Gesetz verletzen und die göttlichen Grundsätze des Friedens und der Einheit verleugnen würden. Wir sind und bleiben Jehova und Christus Jesus, dem König der neuen Welt, völlig ergeben und bezeugen allen Menschen guten Willens, dass ohne Gottes Führung und ohne Beachtung seines vollkommenen Gesetzes kein Aufbau möglich ist, wie in Psalm 127:1 geschrieben steht: "Wenn Jehova das Haus nicht baut, vergeblich arbeiten daran die Bauleute; wenn Jehova die Stadt nicht bewacht, vergeblich wacht der Wächter."

Wir legen die Entscheidung auch in dieser Sache Glaubens voll in die Hand Jehovas, des höchsten Richters, vor dem jeder für sein Tun verantwortlich ist.

Ihm allein verdanken wir Hilfe und Befreiung nach einem zwölfjährigen Kampfe der Lüge und des Terrors gegen Wahrheit und Gerechtigkeit und wir zweifeln nicht einen Augenblick, dass er noch einmal und immer wieder sein Wort der Verheißung an uns erfüllen wird: "Schauen wirst du es mit deinen Augen, und wirst sehen die Vergeltung der Gesetzlosen." - Psalm 91:8.

Es ist die Verantwortung der ordentlichen Behörden, die Freiheit der Religion und des Glaubens, die Freiheit der Gottesanbetung allein nach dem eigenen Gewissen zu schützen und zu garantieren. Ihre Beeinträchtigung widerspricht den demokratischen Grundsätzen ebenso sehr wie den von Gott verliehenen Grundrechten aller Menschen, dem Recht auf Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit. Wer diese Grundsätze verletzt, macht sich zum Feinde Gottes und aller aufrichtigen Recht und Freiheit liebenden Menschen und wird die Verantwortung tragen.

Was immer auch geschehen mag, wir geloben aufs neue Jehova unserem großen Gott und ewigen König Treue bis in den Tod. Wir werden nicht aufhören, die frohe Botschaft vom Reiche Gottes zu verkündigen, wie er geboten hat. Allen Anstrengungen, uns in diesem Gottesdienst durch Verbote, Verordnungen und ungesetzliche Maßnahmen zu beeinträchtigen, setzen wir entschlossen entgegen: "Man muss Gott mehr gehorchen als Menschen!"

Jehovas Zeugen

Berlin, den 30. Juli 1949

Diese Resolution wurde durch den amerikanischen Sender RIAS in Berlin am gleichen Abend bekanntgegeben und drang anscheinend bis nach Amerika, denn am folgenden Sonntagmittag fanden sich Dutzende von Zeitungsreportern in der "Waldbühne" ein, darunter auch Wagen von "Funk und Bild", und man betonte ausdrücklich, von New York über München veranlasst worden zu sein, für die Presse Bilder von der öffentlichen Versammlung aufzunehmen. Es war ein wunderbarer Tag. Die Begeisterung kannte keine Grenzen."

Entsprach es der hier wieder proklamierten politischen Neutralität, was Frost in seiner Eröffnungsrede desselben Kongresses, der diese »Entschliebung« annahm, hasserfüllt verkündete? Entsprach es politischer Neutralität, was seit 1947 in der WTG-Verkündigung politisch wieder in Erscheinung trat? Wenn die Presse des Landes den Hetzartikeln der WTG entgegentritt, dann sei das eine »Schmutzpresse« nach Art des faschistischen »Stürmers« oder »Schwarzen Korps«? Frost stellt die Wahrheit skrupellos auf den Kopf. Wer fordert denn die Presse gegen die Zeugen Jehovas und die WTG heraus? Und welche Regierung, welcher Staat lässt sich laufend in den Schmutz treten und beschimpfen, wie es in den Publikationen der WTG geschieht ohne darauf zu reagieren? Was die behauptete Friedensliebe bzw. Kriegsdienstverweigerung betrifft, so sei nur an das Verhalten der WTG im Ersten Weltkrieg und an ihre Kriegsdienstklärung in der Schweiz von 1943 erinnert. Und zu dem »zwölfjährigen Kampf« der WTG in der Nazizeit möchte man fragen: Hatte nicht derselbe Frost, der hier Brandreden hält, in denen er die WTG als unschuldig verfolgtes Lamm hinstellt, um die Gunst der SS und Gestapo gebuhlt und die ganze deutsche WTG-Organisation »hochgehen« lassen? Man erinnere sich schließlich an das Verhalten der WTG-Führung zum »Kampf um die Macht« der Hitlerfaschisten. Was das Geschrei über die behördlichen Maßnahmen gegen die Zeugen Jehovas betrifft, führte man die Behörden nicht spätestens seit Gründung des, KND systematisch hinters Licht? Und waren für den Waldbühnenkongress nicht »alle Vorbereitungen so still und geräuschlos wie möglich« getroffen worden? In diesen Methoden war die WTG ja schließlich Meister ihres Fachs, wenn man nur an die Neugründung ihres deutschen Zweiges 1945/46 denkt.

Die im Lande allenthalben von den WTG-Vortragsrednern betriebene religiös bemäntelte Hetze

gegen den demokratischen Neuaufbau bestätigte Frost schließlich mit den Worten, »dass ohne Gottes Führung und ohne Beachtung seines vollkommenen Gesetzes kein Aufbau möglich ist«, wie in Psalm 127:1 geschrieben stehe: "Wenn Jehova das Haus nicht baut, vergeblich arbeiten daran die Bau »laute.« Da Jehova den Neuaufbau in der »Ostzone« nicht führt, sei jede Beteiligung daran also vergeblich - eine der üblen Bibelverdrehungen der WTG, denn der Psalmist spricht ein Wallfahrtslied vom Aufbau des Gotteshauses oder Tempels unter König Salomo im biblischen Altertum! Das hat mit dem Neuaufbau des gesellschaftlichen Lebens in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands überhaupt nichts zu tun. Es handelt sich hier eindeutig um einen Bibelmissbrauch im Sinne der Warburg-Doktrin zum Kampf gegen die soziale Neuordnung nach 1945, gegen die auch die WTG im Rahmen ihrer Verkündigung zu Felde ziehen sollte.

Wenn Frost schließlich darauf pocht, dass die Behörden die Pflicht hätten, die Freiheit der Gottesanbetung zu schützen, dann ging es der WTG in Wirklichkeit gar nicht um Glaubensfreiheit, die ja gegeben war, wie Frost selbst im Jahresbericht 1946 bestätigte. Es ging um eine andere Freiheit. Die WTG wollte Freiheit für ihre staatsfeindliche Tätigkeit, die sie mehr oder minder geschickt in bestimmte religiöse Formen kleidete. Denn diese Tätigkeit gehörte zu ihrer Aufgabe als »Bollwerk gegen den Kommunismus«.

Es dauerte nicht lange, bis Frost den Waldbühnenkongress mit seinen maßlosen politischen Verleumdungen und dramatischen antikommunistischen Herausforderungen völlig fanatisiert hatte, so dass er den Versammelten das Gelöbnis abnehmen konnte, »Jehova unserem Gott« - über die WTG selbstverständlich »Treue bis in den Tod« zu halten, wenn sie nun in die »Ostzone« zurückkehren würden.

Mit Eifer stürzten sich die Westberliner und westdeutsche Presse, sowie der amerikanische Sender RIAS in Westberlin auf diesen antikommunistischen Waldbühnen-Hexenkessel. Die Frage ist, ob Frost derartige antikommunistische Verleumdungen und Provokationen auch dann losgelassen hätte, wenn er anstatt nach Wiesbaden nach Magdeburg hätte zurückgehen müssen. Er hätte das mit Sicherheit nicht getan! Die Frage ist weiter, warum dieser Kongress in Westberlin veranstaltet wurde. Die Behauptung, in der »Ostzone« wäre kein Kongress möglich gewesen, stimmt nicht. Schon 1946 konnte die WTG in Magdeburg einen Kongress mit mehr als 6500 Teilnehmern durchführen. Und wäre der WTG wirklich an einer sachlichen Klärung der Streitfragen gelegen gewesen, so hätte sie dies vom Sitz des Zweigbüros in Magdeburg aus tun können und müssen. Westberlin war hier nicht im geringsten zuständig. Aber man wollte ja gar keine sachliche Klärung irgendwelcher Schwierigkeiten. Frosts Hetzrede zeigte deutlich, wohin der Kurs zu gehen hatte. Man vertraute auf den Sieg der USA-Konzeption zum »Zurückrollen des Kommunismus« in Deutschland, auf die Truman-Doktrin einer amerikanischen »Befreiung der Ostzone«, auf einen Erfolg der imperialistischen psychologischen und subversiven Kriegführung in Deutschland. Dazu hatte die WTG ihren Anteil zu leisten. Aus diesem Grunde war der ganze Waldbühnenkongress politisch ausschließlich beherrscht von Protesten, Anklagen, Drohungen, Hetztiraden und unnachgiebiger Feindseligkeit gegenüber den ostdeutschen Behörden, die als »Feinde Gottes« gebrandmarkt wurden. Mit »Feinden Gottes« aber spricht und verhandelt man nicht, sie werden nach WTG-Auffassung vernichtet. Frosts Tiraden, die »Ostzonenbehörden« würden eine »Vergeltung der Gesetzlosen« erleben wie die Nazis, nehmen jeden Zweifel. Die Parole war, sich auf nichts einzulassen, sondern den Osten unnachsichtig zu brandmarken, zu diffamieren und zu verleumden. Und das nicht nur in der »Ostzone«, d. h. in der DDR. Der Kurs richtete sich gegen alle Länder, die den Sozialismus aufbauten. Die in Brooklyn beschlossene politische Linie lautete: »gegen die Flut des Kommunismus aus dem Osten«. Noch einmal wurde sie kurz vor dem Waldbühnenkongress öffentlich proklamiert, wie »Erwachtet« vom 22. Juli 1949 beweist:

Zitat:

"ERWACHET!

"Die Stunde ist nun da, ... zu erwachen" - Römer 13:11 - Perk

Bern, 22. Juli 1949

Die letzte Verteidigungslinie der Religion

Düsteres Sturmesgewölk ballt sich im Osten zusammen. Mit jedem Tag türmt es sich, unheilrohend, höher empor und senkt sich tiefer, drückender auf die Menschheit herab. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis aufzuckende Blitzstrahlen in dieses Wolkenmeer die Löcher reißen, aus denen ein Sturm der Vernichtung herniederprasseln wird. Hiervon haben die Religionen der Christenheit am meisten zu befürchten. Sie werden bald in die letzte Verteidigungslinie gedrängt sein. Schon jetzt steht die Religion vor einer Krise, durch die kommunistische Flut aus dem Osten heraufbeschworen. Wird sie das überleben? Wird sie, um sich zu decken, die Nationen durch ihre Schutzmächte in den Wahnsinn eines dritten Weltkrieges hineinpeitschen können?"

Damit waren auch für den Waldbühnenkongress die politischen Akzente gesetzt. Er war nicht dazu bestimmt, die Lage zu entspannen, sondern durch rücksichtsloses Verleumden des Kommunismus einen neuen Höhepunkt in der psychologischen Kriegführung der WTG im Interesse der amerikanischen Nachkriegspolitik (Warburg) zu schaffen. »Über drei bis vier Wochen erstreckte sich die Zeitspanne der Publizität in der Westpresse«, kommentierte die WTG. (Der Wachturm, 1. April 1950, S. 111 (deutsch))

Trotz allem blieben die Behörden mit den Zeugen Jehovas geduldig, die in ihrer Masse schließlich aufgeputscht und irreführt waren. Die Hauptdrahtzieher saßen im Westen fern jeder Verantwortung. In ihrer politischen Verblendung legte die WTG-Führung die Nachsicht der Behörden jedoch als Schwäche aus und startete im März 1950 eine weitere internationale Hetzkampagne. Man hatte inzwischen einen als Geschäftsmann getarnten »Erwachet«-Korrespondenten auf eine Reise durch die osteuropäischen Länder geschickt, der das Material für diese Kampagne zu besorgen hatte. Man lese folgende Auszüge aus »Erwachet« vom 22. März 1950:

Zitat:

ERWACHET!

"Die Stunde ist nun da, ... zu erwachen" - Römer 13:11 - Perk

Bern, 22. März 1950

Einblicke ins kommunistische Europa

Der nachstehende Artikel ist recht aufschlussreich. Er wurde geschrieben von einem Geschäftsmann, der sich neutral verhält gegenüber den politischen Ismen, die die Welt aufspalten. Seinem Bericht liegen also keine Propaganda-Absichten zugrunde, weder für den Osten noch für den Westen. Er schildert einfach das, was er bei seinem kürzlichen Besuch der internationalen Messen in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien hörte und sah. Diese unparteiische Schilderung, geschrieben am 18. Oktober 1949 und "Erwachet!" zur Verfügung gestellt, gestattet uns einen Blick hinter dem "Eisernen Vorhang". Lies das Folgende um informiert zu sein!

"Gehört das Geschäft immer noch ihnen?", fragte ich einen Herrn in Prag.

Er warf einen misstrauischen Blick in eine Ladenecke, wo mein Begleiter Platz genommen hatte, und fragte im Wisperton, der seine innere Unruhe verriet: "Wer ist der Herr, den Sie bei sich haben?" Ich versicherte ihm, dass er nicht befürchten müsse, von diesem Herrn, einem Freund von mir, bei der kommunistischen Gestapo denunziert zu werden.

So ist die Lage all jener Tschechoslowaken, die ein Geschäft oder ein Gewerbe haben oder hatten.

Steigerung der Arbeitszeit um ein Fünftel und Herabsetzung des Lohnes um ein Fünftel, das ist, was manchen widerfuhr, die den neuen Leistungsmaßstäben der kommunistischen Antreiber nicht zu entsprechen vermochten.

Wie es scheint, stehen die kommunistischen Fronvögte in nichts den Kapitalisten nach, wenn es gilt, über den Werktätigen die Peitsche zu schwingen. Es ist keine Zufriedenheit eingekehrt.

Auf solche Weise sucht der Teufel den Sinn der Menschen mehr und mehr von dem allmächtigen Gott abzulenken, und solch eine Missachtung des Höchsten von Seiten menschlicher Knirpse wird den Untergang der Völker, die sich dessen schuldig machen, beschleunigen.

Tatsächlich steht Harmagedon, die Schlacht des großen Tages Gottes des Allmächtigen, nahe bevor."

Zusätzlich zu dieser Hetzkampagne wurde am 13. Februar 1950 von dem damaligen WTG-Bezirksdiener Friedrich Adler ein Telegramm an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, und am 19. Mai 1950 ein Brief an das Ministerium des Innern der DDR gesandt, worin Adler u. a. höhnte, die Verfassung der DDR sei »ein Fetzen Papier«, die polizeilichen Einschränkungen der WTG-Hetze seien »parteidiktatorischer Terror«, und die Regierung der DDR habe eine »parteilpolitische Brille« auf. Adler verlangte im gleichen Atemzuge nicht mehr und nicht weniger, als mit der Regierung der DDR über die ungehinderte Freiheit, für die politische WTG-Hetze zu verhandeln. (Aus den Akten des Obersten Gerichts der DDR) Nach dem Vorangegangenen war das eine neue unerhörte Herausforderung. Aber noch immer ließ man die WTG gewähren.

Von Fanatismus geblendet startete die WTG als Antwort auf die Duldsamkeit der Organe der DDR die nächste Provokation. Am 10. Juli 1950 sandte das WTG-Ostbüro in Westberlin, das nach Auslagerung der wichtigsten Akten aus dem Zweigbüro Magdeburg inzwischen die Hauptanleitung der Zeugen Jehovas in der DDR übernommen hatte, eine sogenannte Petition, in der man nicht bat, sondern Forderungen stellte, an alle Behörden der DDR. Gutgläubig und aufgehetzt durchschaute denn auch kaum ein Zeuge Jehovas das betrügerische Spiel. Der Wortlaut der Petition.

Zitat:

"JEHOVAS ZEUGEN

Büro Berlin

Berlin, den 10. Juli 1950

An

Behörden, Organisationen und Persönlichkeiten

des öffentlichen Lebens!

Namens und in Vollmacht sämtlicher im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik lebenden Zeugen Jehovas, wurde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu Händen des Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, die nachstehende Protestschrift nebst Petition überreicht. Die wegen fortgesetzter Beeinträchtigungen unserer Gottesdienste von unserer Kirchenverwaltung in Magdeburg wiederholt gemachten Anstrengungen und bei den höchsten Regierungsstellen der Deutschen Demokratischen Republik eingereichten Anträge um Einstellung der ungesetzlichen Maßnahmen von Polizei u. a. Behörden blieben nicht nur ergebnislos, sondern es erfolgten weiterhin fortgesetzt widerrechtliche Auflösungen von Gottesdiensten, Verhaftungen und Beschlagnahmungen. Aus diesem Grunde erhoben nunmehr

sämtliche Gemeinden von Jehovas Zeugen in der Deutschen Demokratischen Republik durch einmütige Abstimmung entschiedenen Protest in der nachstehenden Beschwerdeschrift und Petition.

Petition

von Jehovas Zeugen in Ost-Deutschland

an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Wir, Zeugen Jehovas, fassen unsere Beschwerden und Proteste wie folgt zusammen:

1. Wir erklären, dass die fanatische Geistlichkeit und intolerante SED-Funktionäre eine Zweckpropaganda inszeniert haben, die religiösen Hass gegen Jehovas Zeugen entfacht und uns durch falsche Behauptungen verdächtigt, eine amerikanische Sekte zu sein, die im Interesse imperialistischer Politiker und Monopolkapitalisten arbeite und diese in der Kriegshetze unterstütze und gegen den demokratischen Aufbau des Friedens und des Staates kämpfe. Diese Behauptungen gegen die wir nachdrücklichst protestieren, sind sämtlich unwahr und verstoßen gegen den Artikel 6 der Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik, der u. a. wie folgt lautet:
2. *Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda, sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze."*

Wir erklären, dass staatliche und kommunale Behörden Jehovas Zeugen Rechtsgleichheit verweigert und es abgelehnt haben, unseren vollberuflich tätigen Predigern die gleichen Vorteile zu gewähren, die die Geistlichkeit unter dem Gesetz genießt, wogegen wir nachdrücklichst protestieren, weil es gegen den Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verstößt, der wie folgt lautet:

"Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleichberechtigt. Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze."

3. Wir, Jehovas Zeugen, erklären, dass uns im Gegensatz zu anderen Organisationen, die Benutzung von Schulräumen und kommunalen Sälen als Versammlungsorte verweigert werden oder uns in gesetzwidriger Weise entzogen wurden, wogegen wir nachdrücklichst protestieren, da es gegen den Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verstößt, der wie folgt lautet:

"Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleichberechtigt. Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze."

4. Wir erklären, dass Bibelstudien in Privatwohnungen, die von Jehovas Zeugen in verschiedenen Teilen des Landes abgehalten wurden, v e r b o t e n worden sind, was alles ungesetzlich ist und wogegen wir nachdrücklichst protestieren, da es gegen den Artikel 8 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verstößt, der wie folgt lautet:

"Persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Postgeheimnis und das Recht, sich an einen beliebigen Ort niederzulassen, sind gewährleistet. Die Staatsgewalt kann diese Freiheiten nur auf Grund der für alle Bürger geltenden Gesetze einschränken oder entziehen."

Es verstößt ferner gegen Artikel 43 der Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik, welcher u. a. wie folgt lautet:

"Es besteht keine Staatskirche. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften wird gewährleistet. Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze."

5. Wir erklären, dass die gedruckten Wachturm-Predigten, Bibeln und bibelerklärenden Schriften, welche für den Gottesdienst für Jehovas Zeugen unerlässlich sind, durch Beamte in gesetzwidriger Weise beschlagnahmt wurden und dass wir gegen diese gesetzwidrigen Polizeimaßnahmen nachdrücklichst protestieren, da sie gegen Artikel 9 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verstoßen, welcher wie folgt lautet:

"Alle Bürger haben das Recht, innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Diese Freiheit wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt; niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht. Eine Pressezensur findet nicht statt."

6. Wir erklären, dass Jehovas Zeugen gesetzwidrig aus Stellungen und Diensten in staatlichen und kommunalen Behörden, aus volkseigenen oder anderen der Öffentlichkeit gehörenden Betrieben, wie auch aus privaten Betrieben und Arbeitsstätten entlassen worden sind, weil sie sich weigerten, die Anbetung des allmächtigen Gottes Jehova aufzugeben, wogegen wir nachdrücklichst protestieren, weil es gegen den Artikel 15 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verstößt, welcher lautet:

"Die Arbeitskraft wird vom Staat geschützt. Das Recht auf Arbeit wird verbürgt. Der Staat sichert durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt. Soweit dem Bürger angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt."

Rechtswidrige Entlassungen solcher Art verstoßen auch gegen Artikel 42 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, welcher in den beiden ersten Absätzen wie folgt lautet:

"Private oder staatsbürgerliche Rechte und Pflichten werden durch die Religionsausübung weder bedingt noch beschränkt. Die Ausübung privater oder staatsbürgerlicher Rechte oder die Zulassung zum öffentlichen Dienst sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis."

Sollten diese Erklärungen und dieser Protest abgelehnt werden oder unbeachtet bleiben und sollten solche Vorkommnisse Seiten einer intoleranten Geistlichkeit und extremer politischer Funktionäre weiterhin zugelassen werden ohne dagegen Maßnahmen zu ergreifen, so wird die unausbleibliche Folge dieser verabscheuungswürdigen Vorkommnisse die sein, dass der gesetzwidrige Hass gegen Jehovas Zeugen weiter gefördert und zu einer lodernden Flamme der offenen Verfolgung derselben angefacht wird, nur weil sie sich weigern, ihren Glauben aufzugeben.

Wir haben keine Furcht vor tyrannischen Menschen, die sich uns entgegenstellen, und wir schrecken nicht davor zurück, für die Wahrheit auch als Märtyrer und treue Nachfolger Christi einzustehen. Wenn dieser Terror mit seiner Verfolgung gegen uns zugelassen wird, so wird es der Weltöffentlichkeit offenbar werden, dass eine demokratische Ordnung innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik nicht errichtet worden und dass auch die letzte Spur von Freiheit dort verschwunden ist. Die Missstände, gegen die wir Beschwerde erheben, zeigen ein

Wiederaufleben von Nazimethoden, die zu unterbinden und abzuschaffen freiheitsliebende Nationen im vergangenen Kriege gekämpft haben. Die Fortsetzung der geschilderten Verfolgungen und Tyrannei würde die Absicht zeigen, eine Diktatur zu errichten, was durch das biblische Beispiel der Misshandlung von Jehovas Zeugen durch den Diktator von Ägypten, Pharaon, gezeigt. Er spottete Mose gegenüber und höhnte: "Wer ist Jehova, auf dessen Stimme ich hören soll...?" (2. Mose 5:2). Seine Verfolgung der Zeugen Jehovas stürzten ihn und sein Heer in das feuchte Grab des Roten Meeres. Dagegen gibt es andere Beispiele in der Bibel, welche zeigen, dass Beamte mit Jehovas Zeugen freundlich verfahren sind, was ihnen eine andere Behandlung von Seiten Gottes eintrug, als jener tyrannische Herrscher von Ägypten sie erfuhr. Jehova behütete, beschützte und befreite solche Beamte wegen des 'Glases kalten Wassers' der Hilfe, das sie seinen Zeugen reichten. Wir hoffen, dass die Beamten der Deutschen Demokratischen Republik nach der Gunst Jehovas trachten werden, indem sie Jehovas Zeugen gerecht behandeln. Tun sie dies, so mögen sie sich freuen, wenn sie feststellen, dass sie sich "zur Rechten" von Christus Jesus gestellt und in die "Schaf"-Klasse der Menschen eingereiht worden sind, die für die Segnungen Jehovas bereitstehen.

In der jüngsten Vergangenheit war die ganze Welt Zeuge des Zusammenbruches des nazifaschistischen Terrorsystems, das sich unter der Leitung der römisch-katholischen Hierarchie angemahnt hatte, Jehovas Zeugen in Deutschland und in anderen Teilen der Welt auszurotten. Die falsche Proklamierung einer tausendjährigen Herrschaft durch Adolf Hitler und das Dritte Reich, den Verfolgern von Jehovas Zeugen, hatte anstatt 1000 nur 12 klägliche Jahre bestanden. Wir möchten, dass dem deutschen Volke weitere Erschütterungen, Drangsale und Enttäuschungen ähnlicher Art erspart bleiben. Im Namen Jehovas und in seiner Autorität erheben wir hiermit unsere Stimme zur Verteidigung der von ihm kommenden Grundsätze des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit und appellieren an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Amtsstellen, diese Beschwerde anzunehmen und ihre Ursachen zu beseitigen.

Wir überreichen daher der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Geiste der Verfassung nach der die Freiheit und die Rechte der Menschen verbürgt, soziale Gerechtigkeit gestaltet, dem gesellschaftlichen Fortschritt gedient, die Freundschaft mit allen Völkern gefordert und der Friede gesichert werden sollte, folgende

P e t i t i o n

1. Wir ersuchen, sofort entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, durch welche die Glaubenshetze gegen Jehovas Zeugen seitens politischer und religiöser Organe in Presse und Rundfunk unterbunden werden.
2. Wir ersuchen, Schritte zu unternehmen, dass den vollberuflichen Predigern von Jehovas Zeugen durch die zuständigen Regierungs- und Kommunalbehörden die gleichen gesetzlichen Rechte und Vorteile gewährleistet werden, wie sie den Geistlichen und Predigern anderer religiöser Organisationen eingeräumt und von diesen in Anspruch genommen werden, handle es sich um Körperschaften öffentlichen Rechts oder nicht.
3. Wir ersuchen, für Jehovas Zeugen die uneingeschränkte Rechtsgleichheit gegenüber anderen religiösen Organisationen wiederherzustellen, damit uns der Gebrauch von Schulräumen und kommunalen Sälen für öffentliche gottesdienstliche Versammlungen in derselben Weise wie allen anderen Organisationen gewährt wird, seien diese religiös oder nicht.
4. Wir ersuchen, durch klare und eindeutige Anweisung an alle Polizeiorgane die Freiheit des Gottesdienstes sofort und durchgreifend wiederherzustellen, damit die Verbote von Gottesdiensten in Privatwohnungen und in öffentlichen Räumen unverzüglich aufgehoben werden und die fortgesetzten ehr- und gesetzlosen Sprengungen von Gottesdiensten durch Polizeiorgane aufhören.
5. Wir ersuchen, sofortige und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um weitere

Beschlagnahmungen der Wachturm-Predigten und anderer biblischer Literatur zu verhindern und um die von der Polizei bereits beschlagnahmten und sichergestellten Exemplare freizugeben.

6. Wir ersuchen, die nötigen Schritte zu tun, um weitere Entlassungen von Jehovas Zeugen wegen ihrer politischen Neutralität und Glaubenseinstellung aus Staats- oder Kommunalbetrieben, Fabriken etc. vorzubeugen und dass alle Zeugen Jehovas, die aus obigen Gründen bereits entlassen wurden, in ihre Stellungen sofort wieder eingesetzt werden und das geschehene Unrecht auf die beste mögliche Weise wieder gutgemacht wird.

7. Wir ersuchen, alle sonstigen notwendigen Schritte zu tun, um Jehovas Zeugen die gleiche hohe Stellung, die andere religiöse Organisationen und ihre Geistlichkeit unter dem Gesetz genießen, zurückzugeben und uns den gleichen Schutz der Gesetze in Verbindung mit völliger Versammlungs-, Rede-, Presse- und Gottesdienstfreiheit zu sichern, die durch das Grundgesetz des Landes garantiert ist, die einseitige und tyrannische Entziehung dieser Grundrechte zu beseitigen und damit Schritte zu tun, die Gunst Jehovas zu erlangen.

Hiermit wird bestätigt, dass vorstehende Protestschreiben mit der angefügten Petition allen Gemeinden von Jehovas Zeugen in der Deutschen Demokratischen Republik vorgelegt wurde und dass darüber abgestimmt und sie einstimmig von allen diesen Gruppen und allen Zeugen Jehovas in Ost-Deutschland angenommen wurde.

JEHOVAS ZEUGEN

Büro Berlin

Schöndruck Reinikendorf"

Die dargelegten Tatsachen über die nachrichtendienstliche und politische Neuentfaltung der WTG nach 1945 in Fortsetzung der antikommunistischen Traditionen, denen sie seit 1879 verpflichtet ist, beweisen, dass diese sogenannte Petition ein Machwerk übelster Verdrehung und Falschdarstellung der Sachlage ist. Das politische Verhalten der WTG seit 1947 genügt, die in der sogenannten Petition zitierten Artikel der Verfassung der DDR von 1949 Punkt für Punkt gegen die WTG selbst anzuwenden. Nicht eine »fanatische Geistlichkeit und intolerante SED-Funktionäre« hatten den Streit entfacht, sondern die WTG auf Grund ihrer religiösen und politischen Aufgabenstellung - die Geschichte dokumentiert das hinreichend. Sollte man die WTG-Führer dafür obendrein noch Pfarrern und Bischöfen gleichsetzen? Die politische Haltung der WTG war beim besten Willen nicht mit einer verantwortungsvollen Position im wirtschaftlichen und sozialen Neuaufbau der gesellschaftlichen Verhältnisse vereinbar. Die Sache jedoch so hinzustellen, als sei von den WTG-Funktionären verlangt worden, die »Anbetung des allmächtigen Gottes aufzugeben«, ist eine Entstellung der Tatsachen, es sei denn, man betrachtet die von der WTG betriebene staatsfeindliche Tätigkeit als »Anbetung Jehovas«.

Wenn es für die irregeleiteten WTG-Anhänger nicht so tragisch wäre, könnte man sagen, die ganze Geschichte ist nichts weiter als politische Gaukelei eines Scharlatans. Zitierte Frost doch selbst Artikel 9 der Verfassung der DDR von 1949, wonach die verlangten Freiheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze zu verstehen sind, also das Grundgesetz nach Artikel 6 nicht verletzt werden dürfen. Begriff er nicht, dass die WTG-Politik aber genau jenes Grundgesetz verletzte?

In Wirklichkeit ging es überhaupt nicht um die WTG-Verkündigung schlechthin, sondern um die Ausrichtung dieser Verkündigung im Sinne der amerikanischen psychologischen Kriegführung. Frost begriff das nur zu gut. Darum wird auch mit keiner Silbe in der sogenannten Petition auf die Gesetzesverletzungen der WTG eingegangen. Statt dessen soll man den Eindruck erhalten, als sei die WTG die verfassungstreueste Organisation, die es in der DDR geben könnte.

Angesichts dieser Tatsachen fragt man sich, was die sogenannte Petition in Wirklichkeit bezwecken sollte, denn die WTG wusste doch von vornherein, dass sie keinen Freibrief für ihre DDR-feindliche Tätigkeit erhalten würde. Die Petition war ein heuchlerisches Manöver

gegenüber den WTG-Anhängern, die einer von ihrer Führung provozierten »Christenverfolgung« in der DDR geopfert werden sollten. Das war jetzt die Aufgabe im psychologischen Krieg gegen die DDR, nachdem man die Spannung mit einer Kampagne nach der anderen immer mehr aufgeladen hatte. Man brauchte in der DDR eine »Christenverfolgung« dramatischster Art, und keine religiöse Gruppe war da leichter zu fanatisieren und zu missbrauchen als die Zeugen Jehovas. Frosts Aufgabe war es, die Regierung der DDR mit jener Petition herauszufordern. Das beweisen seine Worte: "Wir haben keine Furcht vor tyrannischen Menschen, die sich uns entgegenstellen, und wir schrecken nicht davor zurück, für die Wahrheit auch als Märtyrer und treue Nachfolger Christi einzustehen. Wenn dieser Terror mit seiner Verfolgung gegen uns zugelassen wird, so wird es der Weltöffentlichkeit offenbar werden, dass eine demokratische Ordnung der Freiheit innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik nicht errichtet worden ist und dass auch die letzte Spur von Freiheit dort verschwunden ist.«

Der »Weltöffentlichkeit offenbar« zu machen, dass in der DDR »die letzte Spur von Freiheit verschwunden« sei - in der Tat, darauf kam es an! Stand doch die »Befreiung der Ostzone« vielleicht nahe bevor. Man muss dabei die allgemeine politische Situation von 1950 beachten. Im Fernen Osten hatten die USA den Koreakrieg heraufbeschworen, der möglicherweise den Auftakt zum »Zurückrollen des Kommunismus« auch in Europa bilden konnte. Es ist bekannt, dass die imperialistischen Kräfte Westdeutschlands die Verschärfung der internationalen Lage dazu benutzten, ihre Pläne der Remilitarisierung bzw. Wiederaufrüstung weiter voranzutreiben. Um diese Ziele durchzusetzen, musste auch in Deutschland der Popanz der »kommunistischen Bedrohung« erhalten, auch auf religiösem Gebiet. »Lodernde Flammen« einer »Christenverfolgung« würden diesem Bestreben in bester Weise dienen. Die WTG-Anhängerschaft war in ihrer traditionellen Manipulierbarkeit und Leichtgläubigkeit ein ideales Objekt hierfür.

Konnte diese Entwicklung der Dinge abgewendet werden? Sie konnte, aber sie sollte nicht. Ein Wink des USA-State Departments oder der amerikanischen Militärregierung in Wiesbaden hätte genügt, den politischen Kurs der WTG zu ändern. Hatte sie doch schon viele Male auf Wink oder Druck ihrer Hintermänner den Kurs geändert, im Ersten Weltkrieg oder in der Frage des Zionismus beispielsweise. Nichts war hier von Gott. Ein Beispiel war auch der Fall des WTG-Beauftragten August Sekt in der britischen Besatzungszone. Sekt hatte eine Vortragskampagne gegen die katholische Kirche begonnen unter dem Titel »Der Papst als Steigbügelhalter des Faschismus«. Kaum hatte die britische Militärregierung in Westdeutschland davon Kenntnis erhalten, schritt sie ein, verhaftete Sekt und unterband dessen Propaganda. Die WTG erhielt die Auflage, die Kampagne sofort zu stoppen, was auch, prompt geschah. Eine »Christenverfolgung« in der Ostzone« dagegen würde ausgezeichnet in die Strategie der antikommunistischen psychologischen Kriegführung passen. Die Petition an die Behörden der DDR machte klar, dass nicht ein Jota von der Tätigkeit der WTG gegen die DDR abgestrichen werden sollte. Im Gegenteil, die WTG-Propaganda wurde immer herausfordernder.

Was schließlich die Äußerung Frosts in der Petition betrifft, man habe keine Furcht vor denen, die sich der WTG entgegenstellen, so sei folgendes gesagt: Nie hat sich die WTG-Führung ehrlich der Wahrheit gestellt. Warum eilten Präsident Knorr und Frost nicht herbei, um als Hauptverantwortliche für ihre Anhänger einzustehen, wenn sie nichts anderes als unschuldige Nachfolger Christi wären? Predigten sie nicht laufend, »der gute Hirte lässt sein Leben für die Schafe«? Sie konnten sich an ihren zehn Fingern abzählen, was ihnen die Regierung der DDR an Beweisen staatsfeindlicher Tätigkeit vorlegen würde. Sollten das also die Anhänger ausbaden, die ohnehin nur die Schachfiguren sind. Sie mussten in allen Ortsgruppen über die Petition »abstimmen«, als ob sie die Verantwortung hätten. Die Wahrheit dagegen ist, dass die Petition von den Zeugen, Jehovas weder frei erörtert noch frei beschlossen wurde. Kein einziger WTG

Anhänger hatte und hat je darüber zu befinden, welchen religiösen oder politischen Kurs das Hauptbüro bzw. das Zweigbüro steuert. Haben Knorr und Frost die Zeugen Jehovas etwa abstimmen lassen, ob man 1947 den alten politischen Kurs im Fahrwasser der imperialistischen psychologischen Kriegführung wieder aufnehmen sollte oder nicht? Nie haben sie ihre Anhänger danach gefragt. Ihr diktatorisches »theokratisches« Regime, duldet in Wahrheit keinerlei echte demokratische Entscheidung oder Abstimmung.

Es war allerdings vorauszusehen, dass ohne eine »biblische« Begründung der politische Kurs der WTG auch den Anhängern gegenüber auf die Dauer nicht als politische Neutralität hingestellt werden konnte. Man durfte ihre Gutgläubigkeit nicht zu sehr strapazieren. Möglicherweise hatte auch Knorr von Washington den »Rat« erhalten, nicht so naiv zu sein und auf eine kurzfristige »Abrechnung mit den Kommunisten« zu hoffen, die politische Propaganda der WTG also zweckentsprechend und geschickter zu gestalten. Während man unter den Zeugen Jehovas in der DDR insbesondere die Erwartung einer baldigen »Befreiung der Ostzone« verbreitete - Hinhalten mit Naherwartungen ist ja eine Hauptmethode WTG -, brüteten Präsident Knorr und sein Vizepräsident Fred W. Franz als der Chefdogmatiker über einer neuen Bibelauslegung. Durch sie sollte der zu verschärfende Kurs gegen die sozialistischen Länder »neutralisiert« und als ein »unpolitisches«, rein religiöses Anliegen bemäntelt werden. Es sollte ein Dogma sein, das den Anhängern das Glaubensgefühl gibt, trotz aller antikommunistischen Hetze mit Politik nichts zu tun zu haben.

Die Methode, den Kampf der WTG gegen die Ordnung der sozialistischen Länder "unpolitisch" zu machen, bestand darin, dass man den Kommunismus einfach zu einer Religion stempelte. »Von Jehova gelehrt« war das bewährte große Zauberwort, mit dem man schon viele begangene Fehlspekulationen übertüncht hatte.

Dieses Mal setzte sich die WTG mit dem Begriff »Religion« auseinander. Bisher galt es als unantastbare »göttliche Wahrheit«, dass die Zeugen Jehovas nichts mit Religion zu tun hätten. Das geht deutlich aus der Definition hervor, die noch 1950 in dem WTG-Buch »Theokratische Hilfe für Königreichsverkündiger« gegeben wird:

Zitat:

"THEOKRATISCHE HILFE FÜR KÖNIGREICHsverkündiger

Theokratische Hilfe für Königreichsverkündiger

Veröffentlicht in Englisch 1945

Veröffentlicht in Deutsch 1950

von der

WATCH TOWER BIBLE AND TRACT SOCIETY

International Bible Students Association

Wiesbaden, Deutschland

RELIGION

"Religion" ist jedes Tun, das Jehovas Willen widerspricht. Für Ohren, die auf die Begriffe der religiösen "Christenheit" abgestimmt sind, klingt diese Worterklärung zweifellos höchst seltsam. Die Lehrstücke des vorliegenden Teils bringen aber eben doch eine Anhäufung beweiskräftigen Materials gegen die Religion, durch Rückschau auf ihre Geschichte. Ihre Geschichte ist gekennzeichnet von Blutvergießen und Unterdrückung, Spaltung und Zwistigkeiten in den eigenen Reihen und erbittertem Hass gegen Jehovas treue Knechte, die von der Religion verfolgt wurden. Übrigens zeigt sich ihre Abweichung vom Worte Gottes und ihre Stellungnahme gegen die Bibel ganz deutlich in den unbestreitbaren Tatsachen, deren Aufdeckung erfolgt ist. Letzten Endes wird Jehova Gott jedoch durch seine völlige Rechtfertigung über die Religion siegen, und an diesem herrlichen Werk der Gerechtigkeit sind fähige, geschulte Königreichsverkündiger auf

der Erde beteiligt. Auf diesen frohgestimmten Ton klingt die *Theokratische Hilfe für Königreichsverkündiger* aus."

Jahrzehntelang hatten die WTG und die Zeugen Jehovas auf diese Weise Kirchen und Religionsgemeinschaften aller anderen Richtungen und deren Pfarrer und Geistliche als »Religionisten« verächtlich gemacht und diffamiert. Religion war »Gimpelfang«, »Erpressung«, »Hurerei« und anderes mehr. Es gab nichts Schlimmeres als Religion.

Auf dem großen internationalen Kongress der WTG vom 30. Juli bis 6. August 1950 in New York wurde diese »göttliche Wahrheit« wieder liquidiert. Der Geist Gottes habe jetzt offenbart, dass das Wort Religion nicht den Sinn von Teufelskult oder ähnlichem habe, sondern es bedeute nichts weiter als »Form der Anbetung«, die richtig oder falsch sein könne. Der Begriff schließe die WTG- Form der Gottesanbetung ein, die jedoch als die allein richtige zu betrachten sei. In geschickt entfachtem Massentaumel von Begeisterung wurde dieses neue Dogma im Zusammenhang mit der ersten WTG-eigenen Bibelübersetzung auf dem New Yorker Kongress zur kritiklosen Annahme gebracht.

Mit dem neuen New Yorker Religionsdogma wurde der Kommunismus als »rote Religion« unter die sogenannten falschen Religionen eingereiht. Siehe den Auszug aus dem WTG-Buch »Was hat die Religion der Menschheit gebracht?«

Zitat:

"Was hat die Religion der Menschheit gebracht?

Was hat die Religion der Menschheit gebracht?

Veröffentlicht in Englisch 1951

Veröffentlicht in Deutsch 1953

Nach der einfachsten Erklärung bedeutet das Wort "Religion", so wie es gebraucht wird, ein System der Verehrung, eine Form der Anbetung, sei es nun wahre oder falsche Anbetung. Dies stimmt mit dem Sinn des dafür gebrauchten hebräischen Wortes *a-boh-dàh* überein, das buchstäblich "Dienst" bedeutet, ungeachtet, wem er dargebracht werde.

WAS HAT DIE RELIGION DER MENSCHHEIT GEBRACHT?
ROTE RELIGION UND DER "MENSCH DER GESETZLOSIGKEIT" 343

Wenn wir uns jedoch der in Kapitel 1 des Buches gegebenen Definition des Wortes "Religion" erinnern, wonach damit "eine Form oder ein System der Anbetung" bezeichnet wird, müssen wir folgern, dass auch die Kommunisten religiös sind und sich gemäß dem Glaubensbekenntnis ihrer Partei einem Kult hingeeben. Wenn man bedenkt, dass Satan der Teufel, Jesus politische Macht in dieser Welt zu geben versprach, sofern er ihn als "Herrscher dieser Welt" anbetete, dann können die Kommunisten ihre politische Machtstellung nur durch den "Herrscher dieser Welt", Satan den Teufel, für die Anbetung, die sie ihm darbringen, erlangt haben."

Summa summarum: Auch der Kommunismus gehört nach den neuesten WTG »Erkenntnissen« zu den falschen Religionen, die wie Protestantismus, Katholizismus und andere von den Zeugen Jehovas bekämpft werden müssen - eine ausschließlich religiöse, »unpolitische« Sache. So wie die WTG-Anhänger in ihrer Leichtgläubigkeit »im Namen Jehovas« bisher alle Andersgläubigen als »Religionisten« diffamierten und jede Religion als Teufelsanbetung anprangerten, so jubelten sie nun in gleicher Leichtgläubigkeit der neuen »Wahrheit« über Religion zu, die den Kommunismus einschloss. Bald war der ganze Kongress antikommunistisch fanatisiert. »Zeugen erklären sich gegen Kommunismus« (Witnesses declare against Communism) und »Eine Resolution gegen den Kommunismus« (Resolution against Communism), »enthusiastisch bejubelt« (enthusiastically hailed), so lauteten die Schlagzeilen im Kongressbericht:

Zitat:

"- REPORT -

OF INTERNATIONAL ASSEMBLY OF
JEHOVAH'S WITNESSES

Yankee Stadium New York City August 6, 1950

2 Report of International Assembly of Jehovah's Witnesses

RESOLUTION AGAINST COMMUNISM

Enthusiastically Hailed, Adopted by 84,950

commission as Jehovah's witnesses to the end of this world

Isaiah 43: 10-12. Am. Stan."

Die »Resolution gegen den Kommunismus« wurde sogleich in englischer und deutscher Sprache gedruckt und umgehend auch in der DDR verbreitet. Damit hatte der New Yorker Kongress die Teilnahme der WTG an der antikommunistischen psychologischen Kriegführung zum religiösen Glaubensdogma erhoben.

Ein »Erwachtet«-Artikei, mit dem gleichzeitig die DDR-feindliche Hetz- und Verleumdungspropaganda der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU), einer Westberliner Agenten- und Terrororganisation, weiterverbreitet wurde, dokumentiert die politische Zielsetzung der New Yorker Religionsdoktrin vom 3. August 1950 wie folgt:

Zitat:

ERWACHET!

Die Stunde ist nu da

Bern, 22. Oktober 1950

RUSSLANDS ROTE RELIGION

Beweise dafür dass der Kommunismus auch nur eine falsche Religion ist

Die Hungerlager in Ostdeutschland

Dr. Hildebrandt vom antikommunistischen Verband der "Kämpfer gegen Unmenschlichkeit" erklärte, in den meisten ostdeutschen Konzentrationslagern brauchten die Häftlinge nicht zu arbeiten. Dagegen lasse die Verwaltung sie langsam verhungern durch allmähliche Kürzung der täglichen"

Besonderen Ausdruck fand der neue politische WTG-Kurs im Vorgehen gegen die Volkswahlen in der DDR, die seit dem Sommer 1950 für den 15. Oktober 1950 vorbereitet wurden. Die örtlichen WTG-Funktionäre wurden angeleitet, öffentliche Hetz- und Brandreden gegen die Wahlen zu halten. Die Bestätigung dieser Hetze in der Wahlvorbereitungszeit durch die westdeutsche Presse wurde von der WTG ausdrücklich aufgegriffen und im »Wachturm« vom 1. Februar 1951 publiziert:

Zitat:

1. Februar 1951

Der WACHTTURM

"HANNOVER, 17. Sept - (ST)

Die Prediger der Sekte haben nie gezögert, offen zu sagen, was sie vom Kommunistenregime halten. Sie haben die Wahlen in der Ostzone als einen Trug gebrandmarkt und das kommunistische Regime als 'eine satanische Herrschaft'."

Während diese Hetze und Verleumdung in den Monaten Juli und August 1950 ihren Höhepunkt erreichte, war die WTG von ihrem Westberliner Büro aus eifrig dabei, die Organisation in der DDR auf eine illegale Tätigkeit umzustellen. Man war sicher, dass nach dieser Steigerung des

politischen Vorgehens gegen die DDR ein Verbot kommen würde. Alle wesentlichen Unterlagen waren von Magdeburg nach Wiesbaden bzw. in das Westberliner Büro verlagert worden, das nunmehr den Charakter eines Ostbüro der WTG hatte. Die künftigen illegalen Hauptfunktionäre - Kreisdiener, Bezirksdiener - wurden hier stationiert.

Einer dieser Kreisdiener - er sollte später im Zusammenhang mit dem von der WTG organisierten Geldschmuggel aus der DDR eine besondere Rolle spielen - war Oskar Thiele aus Leipzig. Die Kreisdiener hatten die Vorbereitung auf die Illegalität in der DDR im Einzelnenn zu organisieren. Hier folgt die Wiedergabe eines Briefes des Kreisdieners Thiele an die Gruppendiener (GD) im Bezirk Cottbus zwecks Umstellung auf Illegalität. Mit dem »Fest«, von dem Thiele zum Schluss schreibt, war eine WTG-Bezirksversammlung in Westberlin gemeint mit der die Ergebnisse und Resolutionen des New Yorker Kongresses vom Juli/August 1950 auch in der DDR proklamiert und zur Anwendung gebracht werden sollten:

Zitat:

Oskar Thiele
Berlin, den 21. 8. 1950

Abschrift

V e r t r a u l i c h !!!

An alle GD des Kreises 25

Liebe Brüder!

Aus zwingenden organisatorischen Gründen, können bis zum 15. 10. 50 keine regulären KD-Besuche mehr erfolgen. Sollte ich mich bis zu diesem Zeitpunkt schon bei Euch angemeldet haben, so nimm bitte zur Kenntnis, dass diese Anmeldung hinfällig ist. Falls Du es schon der Gruppe bekanntgegeben hast, musst Du den Verk. mitteilen, dass mein Besuch entfällt.

Ich werde Dich aber persönlich besuchen, zwecks einer Besprechung. Wenn es irgend möglich ist, so mach Dich bitte einen ganzen Tag frei, damit Du diese Zeit mir ganz zur Verfügung stehst, da wir sehr wichtige und dringende Angelegenheiten besprechen müssen.

Mein Besuch ist wie folgt geplant: Am 26. August ein Tag.

Ankunft: Am 26. früh mit dem Fahrrad von Forst

Abfahrt: Am 27. mit Autobus Richtung Berlin

Du möchtest bitte in dieser Zeit eine Verkündiger-Geschwister-Versammlung einberufen, dabei musst folgendes genau beachten:

1. Diese Zusammenkunft findet privat statt und darf nicht angemeldet werden. Sollten es auf einmal zuviel werden, kann die Versammlung geteilt und zweimal durchgeführt werden.
2. Mache diese Zusammenkunft auf keinen Fall in der Versammlung öffentlich bekannt, sondern setze die Geschwister, die dafür infrag kommen, privat davon in Kenntnis. Die Geschwister sollen auch nicht mit anderen darüber sprechen.
3. Es sollen nur getaufte Verkündiger eingeladen werden. Unregelmäßige und unzuverlässige Geschwister werden, selbst wenn sie getauft sind, nicht davon in Kenntnis gesetzt.
4. Du brauchst nicht zu sagen, dass ich komme und keinerlei Reklame zu machen. Sag den Betreffenden nur, dass D u ihnen etwas Wichtiges mitzuteilen hast und dass diese Versammlung von größter Bedeutung ist.
5. Sorge bitte dafür, dass mir sämtliche Gruppenunterlagen, besondere Korrespondenz und Gruppenakten, zur Verfügung stehen.
6. Plane auch eine Besprechung mit sämtlichen Dienern, auch Studienleiter sollten dabei anwesend sein
7. Zu Deiner Orientierung möchte ich Dir mitteilen, dass, wenn alles klappt, die Besprechung mit Dir persönlich etwa 3 Std., die Verkündiger-Versammlung etwa 2 Std. und die Besprechung mit den Dienern etwa 1 Std. dauern wird.

Bezirks-Versammlungen

Du bekommst mit dieser Post die Anmelde-Formulare für die BV. Fülle sie so aus, dass sie spätestens am 7. 9. 50 fertig sind. Wenn sie am 3. September nicht abgeholt werden, so schicke sie unbedingt am 5. September durch Kurier an Adresse: Frau Auguste Röstel, (1) Berl Baumschulenweg, Ernststr. 15 ptr.

Du trägst als GD die Verantwortung vor dem Herrn, dass die hier gegebenen Anweisungen auf alle Fälle beachtet werden.

Bitte beachte, dass dieser Brief für Dich persönlich bestimmt ist und v e r t r a u l i c h ist.

Möchte Jehova, der Quelle aller Kraft und Stärke, Dich mit Weisheit und Umsicht ausrüsten, damit Du alles in der rechten Weise vorbereiten kannst.

In der frohen Erwartung des Festes, dass Jehova seinem Volke hier bereiten will, verbleibe ich, im "Predigen des Wortes" mit Dir

Dein Bruder und Diener durch Gottes

Gnade

gez. Oskar Thiele."

Nach den Erfahrungen mit dem Waldbühnenkongress vom Juli 1949 und mit der Petition vom 10. Juli 1950 sowie der Erklärung des Kommunismus zu einer falschen Religion war mit dem geplanten »Fest« der WTG im September 1950 in Westberlin eine antikommunistische und DDR-feindliche Aufpeitschung ihrer Anhänger zu erwarten, die alles Bisherige überschreiten würde. Es muss daher als maßlose Überheblichkeit angesehen werden, dass Präsident Knorr in dieser Situation anwies, WTG-Führer aus der DDR sollten mit den Behörden Verhandlungen führen mit dem Ziel, uneingeschränkte Freiheit für ihre Tätigkeit in der DDR zu sichern. Angesichts der rücksichtslosen Verschärfung der Hetze und Verleumdung seitens der WTG war das von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die WTG hatte alle Grenzen überschritten.

Das Verbot

Selbstverständlich hatten die Behörden der DDR die politische Entwicklung der WTG beobachtet. Auch die Vorbereitungen auf die Illegalität waren nicht verborgen geblieben, obwohl die WTG dabei in »theokratischer Kriegslist« Gesetze und Verfassung der DDR nach bestem Vermögen hintergangen hatte. In den frühen Morgenstunden des 30. August 1950 wurde das Zweigbüro in Magdeburg geschlossen, wobei die für die staatsfeindliche Tätigkeit gegen die DDR verantwortlichen WTG-Führer verhaftet wurden, soweit sie sich nicht der Verantwortung durch die Flucht entzogen hatten, wie z. B. Ernst Wauer, der in letzter Minute in einer abenteuerlichen Fahrt im PKW mit seinem Chauffeur Horst Ritt nach Westberlin flüchtete. So erwiesen sich alle Phrasen von Furchtlosigkeit gegenüber den »kommunistischen Marionetten«, wie man die DDR-Behörden verhöhnt hatte, als feige und verlogen. Mit der Schließung des Magdeburger Zweigbüros wurde vom Ministerium des Innern der DDR das Verbot jeglicher WTG-Tätigkeit ausgesprochen:

»Die Tätigkeit der Zeugen Jehovas in den letzten 10 Monaten hat klar bewiesen, dass diese den Namen einer Religionsgemeinschaft fortgesetzt für verfassungswidrige Zwecke missbrauchen. Sie haben im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und in Großberlin eine systematische Hetze gegen die bestehende demokratische Ordnung und deren Gesetze unter dem Deckmantel religiöser Veranstaltungen betrieben. Außerdem haben sie fortgesetzt illegales Schriftenmaterial eingeführt und verbreitet, dessen Inhalt sowohl gegen die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik als auch gegen die Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens verstößt ... «

Nachdem man im WTG-Zweigbüro in Wiesbaden glaubte, sich hinreichend über die neue Situation informiert zu haben, richtete Zweigdiener Erich Frost folgendes Protestschreiben an die Regierung der DDR:

Zitat:

"Head Office
Administration
124 Columbia
Heights
Publishing
117 Adams Street
Brooklyn N. Y. USA.
Deutsches
Zweigbüro
Ruf ...

Telegrammadresse

Wachtower

Wiesbaden

Eing. 4. Oktober 1950

A 4853 M

WATCH TOWER

BIBLE AND TRACT SOCIETY

Dieses Königreich muss verkündigt werden

Wiesbaden-Dotzheim, Am Kohlheck

9. September 1950

Weitergeleitet 16. 9. 50

An die

Regierung

der Deutschen Demokratischen Republik

z. Hd. des Herrn Ministerpräsidenten

B e r l i n - W 8

Prinz-Albrecht-Straße 3-4

Einschreiben

Zeugen Jehovas

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

In den frühen Morgenstunden des 30. August 1950 sind Beamte der Volkspolizei bzw. des Staatssicherheitsdienstes in unser Verwaltungsgebäude in Magdeburg, Wachturmstraße 17-19, gewaltsam eingedrungen, haben das Grundstück polizeilich besetzt und alle männlichen Mitarbeiter unserer Gesellschaft zwangsweise abgeführt. Das gesamte weibliche Personal wurde einige Tage später buchstäblich aus dem Hause gejagt. Wir erfahren ferner, dass eine Durchsuchung des ganzen Gebäudekomplexes stattgefunden hat und dabei schwere Beschädigungen der Einrichtung vorgekommen sind.

Frost

Das Grundstück mit den aufstehenden Gebäuden und allen Einrichtungen ist Eigentum unserer Gesellschaft, d. h. amerikanisches Eigentum.

Die Maßnahme der Polizeibehörde, für welche die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die volle Verantwortung trägt, entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Jeder aufrichtige Mensch in der Welt und auch in der deutschen Ostzone weiß, dass die Beschuldigungen gegen Jehovas Zeugen völlig aus der Luft gegriffen sind und sie des geringsten Scheines von Wahrheit entbehren. Wir verweisen auf unser Schreiben vom 15. 3. und auf

WATCH TOWER

Bible and Tract Society

Seite 2

zum Schreiben an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik,

z. Hd. des Herrn Ministerpräsidenten

vom 9. Sept. 1950

die Petition von Jehovas Zeugen, die Ihnen kürzlich überreicht wurde. Das Vorgehen Ihrer Beamten ist ein völkerrechtswidriger Gewaltakt gegen ausländisches Eigentum und ein offener Bruch der Verfassung des eigenen Landes. Wir erheben hiermit Protest gegen die ungesetzliche Handlungsweise Ihrer Organe und ersuchen Sie um eine sofortige Anweisung an die verantwortlichen Stellen, unser Eigentum unverzüglich freizugeben und alle gegen unsere Gesellschaft gerichteten Repressalien aufzuheben. Wir werden gezwungen sein, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für jeden Schaden verantwortlich zu machen, der uns durch die gesetzwidrigen Handlungen Ihrer Beamten entstanden ist.

Über die Vorgänge in Magdeburg haben wir unserem Zentralbüro in Brooklyn/New York, sowie der Interalliierten Hohen Kommission für Deutschland Bericht erstattet.

WATCH TOWER

Bible and Tract Society

Deutscher Zweig

Frost"

Dieses Schreiben Frosts im Auftrage der WTG ist eine weitere Anmaßung und Herausforderung. Es zeigt, dass man in Wiesbaden auch jetzt keine Entspannung der Lage will denn man tischt neue dreiste Lügen auf mit der Behauptung, »jeder aufrichtige Mensch in der Welt« wisse, dass die Beschuldigungen gegen die WTG »völlig aus der Luft gegriffen« seien und nicht das geringste daran wahr sei. Hatte Frost seine Waldbühnenreden etwa vergessen? Als »Wachturm«- und »Erwacht«-Redakteur kannte er wohl den politischen Sinn der WTG-Schriften nur zu genau. Die Absicht der WTG, die Lage immer weiter zu verschärfen, tritt alsbald zutage. In hellen Flammen lässt sie ihre antikommunistische Wut international lodern. Rasende Schlagzeilen werden in die Welt gesetzt wie: »Verfolgungen wüten in Sowjetdeutschland - die tollwütigen Kommunisten versuchen das zu erreichen, was den dämonisierten Nazis versagt blieb!« Die WTG-Führung weiß vor Wut nicht, wie sie sich verhalten soll. Man lese den folgenden »Erwacht«-Auszug vom 8. Juli 1951:

Zitat:

"ERWACHET!

8. Juli 1951

VERFOLGUNGEN WÜTEN IN

Sowjetdeutschland

Lügen, die Zeugen seien eine amerikanische Organisation und verrichten im Interesse des Imperialismus Spionagedienst, hetzen das Volk gegen die kommunistische Volksrepublik auf und stellen daher eine Bedrohung für das soziale Wiederaufbauprogramm Deutschlands dar. Eine Unmenge solcher Lügen wurden ausgestreut, um die politischen Gewalten auf die Zeugen loszuhetzen. Leider vermochten sie ihre schändliche Absicht zu verwirklichen."

Die Beschuldigungen gegen die WTG seien »völlig aus der Luft gegriffen ohne den geringsten Schein von Wahrheit«? Die Verlogenheit dieser Äußerung ist wahrlich grotesk. Arbeitete sie WTG etwa nicht mit dem USA-State Department zusammen? Gab es 1947 etwa keine Abmachungen mit dem amerikanischen Militärnachrichtendienst in Wiesbaden? Hat Frost etwa keinen Nachrichtendienst zur vorrangigen Sammlung politischer Informationen bis hin zur

Erkundung des Flugwesens in der damaligen sowjetischen Besatzungszone eingerichtet? Hat er etwa keinen geheimen »KND« zur Abschirmung der auflebenden antikommunistischen WTG-Tätigkeit und zur Sammlung von Informationen über Volkspolizei, Justiz, Sicherheitsorgane und sowjetische Militäreinrichtungen und ihre Personen geschaffen? Und was waren die jüngsten Verleumdungen, die verantwortlichen Politiker der DDR seien »kommunistische Gestapo, Fronvögte und Marionetten«, ihre Wahl sei »Trug und ihre Herrschaft eine satanische«? Nichts anderes als die zügelloseste Hetze des Imperialismus. Doch was galt der WTG die Wahrheit Sie sah und sieht in Kommunisten nur »Verseuchte« und »wilde Tiere«, »Ungeziefer«, das wert ist, vernichtet und ausgerottet zu werden. In seiner Verblendung schleuderte der verhaftete Bezirksdiener-Ost, Friedrich Adler, dem Obersten Gericht der DDR ins Gesicht, als er die Höhe seines Urteils vernahm:.

»Meine Herren, Sie meinen wohl ein Jahr!«

Die WTG hat seitdem nichts unterlassen, die Ursachen des Verbots zu vertuschen und dabei eine Unwahrheit an die andere zu reißen. Die Tatsachen zeigen jedoch eindeutig, dass es sich um keine Verfolgung um des Glaubens willen handelt. Es handelt sich um die Strafverfolgung von Menschen, die von der WTG unter Ausnutzung religiöser Gefühle zu Verleumdungen, antidemokratischer Hetze, feindlicher Nachrichtentätigkeit und politischem Missbrauch von Bibelreligiosität benutzt werden und deswegen staatsfeindliche Handlungen begehen. Selbst die Bibel überantwortet Glieder einer christlichen Gemeinschaft oder Kirche, die sich des Diebstahls, des Mordes oder anderer Missetaten schuldig gemacht haben, der staatlichen Obrigkeit zur Aburteilung (1. Petrus 4:15). Schließlich erklärt auch die WTG - allerdings nicht im Hinblick auf dieses Verbot -, dass »die Christenversammlung kein Glied, das ein Dieb, Schmuggler, Bigamist, Mörder, Verleumder oder Betrüger ist, vor Bestrafung schützen kann. Sie muss zulassen, dass solche Glieder von der weltlichen Obrigkeit bestraft werden. Sie haben das Gesetz des Landes übertreten«. (Der Wachturm, 15. Januar 1963, WTG Wiesbaden, S. 49).

Weiter mit:

[Uraniabuch Kapitel 12](#)

[ZurIndexseite](#)